

Niederschrift über die Sitzung
am 10.06.2008

Tagungsort: Altes Rathaus, Erdgeschoss, Nowgorod Raum

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Frau Kammeier
Herr Langeworth
Frau Osthus
Herr Weber
Herr Dr. Zillies

SPD-Fraktion

Frau Böker-Scharnhölz
Herr Donath
Frau Pohlreich
Frau Schneider

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Mann
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB-Fraktion

Herr Vagt

Die Linke-Gruppe

Frau Niemeyer

Beirat für Behindertenfragen

Herr Heuer

Seniorenrat

Herr Tacke

Weitere Teilnehmer

Adams AGW

Von der Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5
Beigeordnete Frau Ritschel Dezernat 3
Frau Schulz Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Frau Dr. Delius Gesundheits-, Veterinär- und Lebens-

Herr Wörmann
Herr Metzger
Herr Niekamp
Frau Krumme

mittelüberwachungsamt
Dezernat 5
Bauamt
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
(Schriftführung)

Gäste

Frau Smaglinski
Frau Ilic
Herr Rodenkirchen
Herr Wiese
Herr Schuin

Pension Plus in Bielefeld gGmbH
Pension Plus in Bielefeld gGmbH
Pension Plus in Bielefeld gGmbH
Drogenberatung Bielefeld e. V.
Drogenberatung Bielefeld e. V.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnungen die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Darüber hinaus begrüßt sie die neue Beigeordnete Frau Ritschel. Frau Ritschel teilt mit, dass sie sich wegen der zeitgleich stattfindenden UStA-Sitzungen erst jetzt im SGA vorstellen könne. Sie beabsichtige zukünftig, wenn Themen aus dem Gesundheitsbereich im SGA behandelt würden auch an den Sitzungen teilzunehmen. Das Büro des Rates sei von ihr darauf hingewiesen worden bei der Sitzungsterminplanung 2009 darauf zu achten.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.04.2008

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.04.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 1 - *

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.05.2008

- abgesetzt -

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 2 - *

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Wohnungsbarometer 2008

Herr Metzger erläutert die wesentlichen Punkte des achten Wohnungsmarktbarometers. Derzeit sei die Wohnungsmarktsituation ausgeglichen, es werde allerdings mit einer Steigerung des Wohnungsbestandes und der energetischen Maßnahmen gerechnet. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich im Namen des Sozial- und Gesundheitsausschusses für das überschaubar gestaltete Wohnungsmarktbarometer.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 3.1 - *

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Zwischenstand zu Kosten von Sozialbestattungen

Frau Schulz verweist auf die mit der Einladung verschickte Mitteilung und stellt eine ausführliche Berichterstattung zu diesem Thema nach dem Eingang der Rückmeldungen durch die Bestatter in Aussicht. Es gibt keine Nachfragen.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 3.2 - *

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Jahresbericht 2007 der Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung und Unterbringung für Wohnungslose

Frau Schulz erläutert die wesentlichen Punkte der Mitteilung und verweist über die Mitteilung hinaus auf den als Tischvorlage verteilten Jahresbericht der Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung und Unterbringung Wohnungsloser (**Anlage 1**).

Auf Nachfrage von Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage erläutert Frau Schulz, dass Sanktionen nach § 31 SGB II in Form einer Mietzuschusskürzung bis auf max. 30 % verhängt werden könnten. Bei den 31 ermittelten Fällen hätten die Sanktionen der Arbeit*plus* allerdings nicht zur Wohnungslosigkeit geführt.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 3.3 - *

-.-.-

**Zu Punkt 3.4 Projekt "Unterkünfte - besser (ist) wohnen"
Weitere Nutzung des Gebäudes "Kreuzstr. 5", als Unterkunft für einheimische wohnungslose Männer**

Frau Schulz verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung. Es gibt keine Nachfragen.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 3.4 - *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 4 - *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 5 - *

-.-.-

Zu Punkt 6 Projekt "Unterkünfte - besser (ist) wohnen", Fach- und Finanzcontrolling 2007

Frau Schulz schildert die Ausgangslage im Jahr 2004 und erläutert die wesentlichen Punkte die zur Zielerreichung des Projektes geführt haben. Für dieses Projekt seien Wohnungen von der BGW, anderen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermietern akquiriert worden. Nach Aussagen der Vermieter kommen die Mieter gut zurecht und seien gut auf das selbstständige Wohnen in einer Mietwohnung vorbereitet worden. Das Angebot zur Teilnahme an Arbeitsmaßnahmen werde ebenfalls gut angenommen. Bei der Zahl der einheimischen Wohnungslosen sei eine sinkende Tendenz erkennbar. Die Dauer der Wohnungslosigkeit belaufe sich derzeit auf unter 6 Monaten.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bekräftigt den großen Erfolg des Projektes, der zu Beginn nicht absehbar gewesen sei. In diesem Projekt könne man gut erkennen, welche guten Auswirkungen das Angebot von Perspektiven erziele. Alle Fraktions- und Gruppenvertreter äußern sich erfreut über den Erfolg des Projektes. Auf Nachfragen von Frau Kammeier, Frau Böker-Scharnhölz, Frau Mann und Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage führt Frau Schulz aus, dass die Personalausstattung während des Projektes im Obdachlosenbereich von 2,57 Planstellen auf 6 Planstellen aufgestockt worden sei. Man beabsichtige, diesen dichten Betreuungsschlüssel im Verhältnis 1:20 auch nach Beendigung des Projektes beizubehalten und so den weiteren Erfolg fortzusetzen. Mit den erworbenen Erfahrungen und den zur Verfügung stehenden Mitteln können nun auch dichtere Problemlagen, die auf mehrfach Einschränkungen zurückzuführen sind, bearbeitet werden. Die Arbeitsmaßnahmen würden schwerpunktmäßig im Bereich der Arbeitsgelegenheiten angeboten. Ziel sei es, die Teilnehmerzahl bei solchen Maßnahmen bzw. vorgeschalteten Aktivitäten von 65% auf 80% zu steigern. Bei den Vermittlungen in Einrichtungen der Altenhilfe handele es sich hauptsächlich um Pflegeeinrichtungen innerhalb und außerhalb von Bielefeld.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich bei allen Beteiligten des Projektes für das gut aufgebaute bzw. ausgeweitete Netzwerk und die gute Kooperation der beteiligten Träger untereinander. Sie sieht den aufgebauten Wohnungspool und die enge Begleitung durch Sozialarbeiter als wesentliche Bestandteile für die Vermittlung wohnungsloser Bielefelder Bürgerinnen und

Bürger in Mietwohnungen als erforderlich an. Sie bittet, den während des Projektes erhöhten Personalschlüssel, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen weiterhin zu berücksichtigen. Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass beabsichtigt sei, den Personalschlüssel weiterhin vorzuhalten, er aber derzeit noch nicht absehen könne, ob Kürzungen im Rahmen von HSK-Maßnahmen berücksichtigt werden müssten. Herr Langeworth fragt an, wann die Beschlussfassungen über die Schließung der Unterkunft „Ernst-Rein-Straße“ und der Nutzung des Gebäudes „Kreuzstraße“ in der Bezirksvertretung Mitte vorgesehen seien. Beigeordneter Herr Kähler erläutert den bisherigen Verlauf der Beschlussfassungen über das Gebäude „Kreuzstraße 5“ und die beabsichtigte Beschlussfassungen in der Bezirksvertretung Mitte und dem Sozial- und Gesundheitsausschusses für das Gebäude „Ernst-Rein-Straße“ (**Anlage 2**).

Über die Situation in den Unterkünften soll in einem Jahr wieder berichtet werden.

Beschluss:

- 1. Das Fach- und Finanzcontrolling 2007 für das Projekt „Unterkünfte – besser (ist) wohnen“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt bis zum Ende des Jahres 2008 abzuschließen und im Jahr 2009 insgesamt über den Projektverlauf und die Projektergebnisse zu berichten.**

- einstimmig beschlossen -

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache 2009/5145 *

-.-.-

Zu Punkt 7

Erfahrungsbericht der Pension Plus in Bielefeld gGmbH

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt Frau Smaglinski, Herrn Rodenkirchen und Frau Ilic von der Pension Plus in Bielefeld gGmbH. Frau Smaglinski erläutert den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2007 der Pension Plus gGmbH in Bielefeld (**Anlage 3**).

Derzeit seien 12 Personen (10 Männer und 2 Frauen) in der Pension Plus untergebracht. In Kooperation mit der Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung konnten Wohnungen für Personen, die im Rahmen der ambulanten Eingliederungshilfe auf ein selbstständiges Wohnen vorbereitet worden sind, in eigene Wohnungen umziehen. Darüber hinaus weist Frau Ilic darauf hin, dass für Personen, die 16 bzw. 24 Jahre lang auf der Straße gelebt hätten, die Zeit von zwei Jahren zur Entwicklung der Fähigkeit zum eigenverantwortlichen wohnen zu kurz sei. Weiterhin beabsichtige man eine Konzeptionsänderung mit dem Ziel, eine Durchmischung von Männern und Frauen in einem Verhältnis 50:50 zu erlangen.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für den Bericht und bei den engagierten Mitarbeitern, die den Erfolg des Projektes erst möglich gemacht hätten. Sie begrüßt die Absicht, die Anzahl der Plätze für Frauen zu erhöhen. Auf Nachfrage von Frau Böker-Scharnhölz führt Frau Smaglinski aus,

dass die Verlängerung dieses Projektes in Einzelfällen beim Landschaftsverband Westfalen Lippe fachlich gut begründet werden müsse um eine Finanzierung zu erhalten. Hierbei würde eine klare Zielformulierung erwartet. Frau Illic informiert darüber, dass derzeit 8 Männer und 4 Frauen auf der Warteliste für die Aufnahme in der Pension Plus stehen. Personen, die noch ein drittes Jahr für die erforderliche Entwicklung der Eigenverantwortung benötigen, weisen mehrfach Hemmnisse auf. Frau Schulz erläutert, dass bei dem Projekt Pension Plus dem Landschaftsverband Westfalen Lippe durch die Stadt deutlich gemacht worden sei, dass die Durchlässigkeit von zwei starren Finanzierungssystemen möglich ist. Herr Weber (CDU) und Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage erkennen an, dass ein komplexes Thema im Rahmen des Projektes „Unterkünfte – besser ist wohnen“ mit viel Mut erfolgreich umgesetzt worden sei und wünschen weiterhin viel Erfolg.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 7 - *

-.-.-

Zu Punkt 8 Jahresbericht zu den Maßnahmen im Stadthallen-Umfeld und weitere Umsetzungsschritte

Herr Niekamp informiert über die Diskussionen und Beschlussfassungen aus den anderen Gremien.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage vertritt die Auffassung, dass sowohl die ordnungsbehördlichen als auch die sozialarbeiterischen Ansatzpunkte weiter entwickelt werden müssten. Trotz der Angebotserweiterungen, die durchaus Grundlage für die Problemlösungen darstellen, solle man sich darüber im Klaren sein, dass die Probleme im Umfeld der Stadthalle nicht einfach zu lösen seien oder gar gänzlich gelöst werden könnten. Beigeordneter Herr Kähler führt aus, dass das Suchtverhalten ein gesellschaftliches Problem darstelle. Die Stadt Bielefeld würde bereits jetzt mehrere Millionen Euro zur Drogenbekämpfung einsetzen, um das vorhandene Netzwerk um zusätzliche Maßnahmen zu erweitern. Bei der Entwicklung von Maßnahmen gegen die Bekämpfung der Drogenszene sei zu berücksichtigen, dass diese Szene flexibel sei und man müsse darauf achten, dass die Maßnahmen nicht eine Verdrängung an andere Orte bewirke. Die vorgesehenen Maßnahmen sollen keine Ungleichbehandlung der Bielefelder Bürger darstellen, sondern die Besucher der Stadthalle und die übrigen Bielefelder Bürger vor der Drogenszene schützen und auch die wirtschaftlichen Interessen der Stadthalle berücksichtigen. Frau Niemeyer äußert Bedenken gegen die vorgesehenen ordnungspolitischen Maßnahmen, die ihrer Meinung nach weder den Menschen helfen noch dem Personenkreis gerecht werden. Des Weiteren kritisiert sie einen Artikel in der örtlichen Presse mit der Überschrift „Eingreiftruppe an der Stadthalle“. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die sachliche Auseinandersetzung in der letzten Sitzung des SGA und merkt an, dass man Presseberichte und Formulierungen nicht beeinflussen könne. Nachfragen gibt es keine.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache 2009/5266 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage "Stadthalle Bielefeld"

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage teilt mit, dass sie die Verabschiedung der Satzung als Schaffung einer Handlungsmöglichkeit sehe, sich aber durchaus bewusst sei, dass die Probleme nicht gänzlich gelöst werden können.

Beigeordnete Frau Ritschel weist darauf hin, dass sie für den ordnungsrechtlichen Teil des Gesamtkonzeptes zuständig sei. Es sei nicht beabsichtigt, eine sogenannte Eingreiftruppe an der Stadthalle zu positionieren. Presseberichte zu diesem Thema seien nicht steuerbar. Die Satzung solle einen Handlungsrahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwache bieten, gegen die Szene an der Stadthalle vorgehen zu können. Man werde versuchen, mit Fingerspitzengefühl das gesellschaftliche Miteinander zu fördern. Im Innenstadtbereich konnte das Konzept der Stadtwache erfolgreich umgesetzt werden. Eine Ausweitung des Zuständigkeitsbereiches der Stadtwache sei allerdings nur mit einer Aufstockung des Personals leistbar.

Beigeordneter Herr Kähler und Herr Niekamp informieren über die Änderungen bzw. Konkretisierungen der Satzung aufgrund der Beschlussfassungen aus der Bezirksvertretung Mitte und des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses. Auf Nachfrage von Frau Mann führt Beigeordnete Frau Ritschel aus, dass die Verrichtung der Notdurft außerhalb der hierfür vorgesehenen Toiletteneinrichtungen (§ 3 d) bereits jetzt schon eine Ordnungswidrigkeit darstelle. Bei Verstoß gegen die Satzung werde ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Um diese Vorschriften auch in allgemeinen Grünanlagen durchsetzen zu können existieren bereits Instrumentarien. Die Durchsetzungsmöglichkeiten würden erfragt und dem SGA mitgeteilt. Herr Weber (CDU), Herr Dr. Zillies, Frau Schneider und Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stimmen darin überein, dass sie die Verabschiedung der Beschlussvorlage unter Berücksichtigung der als Tischvorlage verteilten Satzung (**Anlage 4**) vorschlagen. Die Satzung stelle kein Instrument zur Integration sondern zur Handhabung eines großen gesellschaftlichen Problems dar. Das weitere Verfahren und die Handhabung und Umsetzung der Satzung solle daher beobachtet werden. Weiterhin erwarte man in angemessener Zeit einen Erfahrungsbericht über die Wirkung der Satzung.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Beschlussfassung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ in der folgenden geänderten Fassung:

Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“

vom.....

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 19.06.2008

aufgrund der §§ 7, 8 und § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchst. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein- Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666, SGV. NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 9. Oktober 2007 (GV NRW S. 380)

folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Widmungszweck

Die Stadt Bielefeld stellt ihre Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ ihren Einwohnerinnen und Einwohnern und den Besucherinnen und Besuchern der Stadt als öffentliche Einrichtung zur Naherholung, zur kulturellen Begegnung und für öffentliche Veranstaltungen im Rahmen der Aktivitäten der Stadthalle Bielefeld zur Verfügung.

Die Satzung dient der geregelten Benutzung und der Verkehrssicherheit im Bereich der Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“.

§ 2 Geltungsbereich der Satzung

Der Geltungsbereich der Satzung umfasst die im Plan grün gekennzeichnete Fläche. Der Plan ist Bestandteil der Satzung.

§ 3 Verhalten in der Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“

Jeder hat sich in der Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ so zu verhalten, dass andere nicht gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt werden. Verboten ist in der Grünanlage insbesondere

- a) das aggressive Betteln, z. B. durch Anfassen, Festhalten, Versperren des Weges, aufdringliches Ansprechen, Errichten von Hindernissen, bedrängende Verfolgung, Einsatz von Hunden oder Zusammenwirken von Personen;
- b) das Lagern und Übernachten;
- c) das Abbrennen von Feuern;
- d) das Verrichten der Notdurft außerhalb der hierfür vorgesehenen Toiletteneinrichtungen;
- e) das Konsumieren von Alkohol.

§ 4 Tiere

- (1) Wer in der Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ Tiere mit sich führt, hat dafür zu sorgen, dass sie Personen und Sachen nicht gefährden sowie die Grünanlage nicht beschmutzen. Entstandene Verunreinigungen sind unverzüglich von der Tierführerin oder dem Tierführer zu beseitigen.
- (2) Hunde sind in der Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ so an der Leine zu führen, dass sie nicht auf der Rasenfläche laufen.

§ 5 Verunreinigungen

Jede Verunreinigung der Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ ist verboten. Untersagt ist insbesondere das Wegwerfen und Zurücklassen von Lebens- und Genussmittelresten, Verpackungsmaterialien aller Art (z. B. Zigarettenskippen, Kaugummis, Papier, Glas, Dosen, Plastik) oder sonstigem Unrat.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Ge- und Verboten des § 3 zum Verhalten in der Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ zuwiderhandelt;
2. den Ge- und Verboten des § 4 zum Halten und Mitführen von Tieren zuwiderhandelt;
3. den Verboten des § 5 zu Verunreinigungen zuwiderhandelt.

(2) Die Verfolgung und Ahndung dieser Zuwiderhandlungen richtet sich nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit Strafen oder Geldbußen bedroht sind.

§ 7 Ausnahmen

Ausnahmen können im Einzelfall auf Antrag von der Stadt Bielefeld zugelassen werden.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung trittin Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird zugleich darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann. Dies gilt nicht, wenn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt wurde,
- b) die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) der Oberbürgermeister den Ratsbeschluss vorher beanstandet
oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber der Stadt Bielefeld vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden sind, die den Mangel ergeben.

Bielefeld,

- einstimmig beschlossen -

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 9 - Drucksache 2009/5270 *

Zu Punkt 10 **Erweiterung der Öffnungszeiten in der Drogenhilfeeinrichtung Borsigstraße**

Herr Wiese gibt einen Überblick über die Entwicklung in der Drogeneinrichtung Borsigstraße. In der Borsigstraße habe es drei Jahre gedauert bis die Drogenszene die Einrichtungen akzeptiert habe, wie sie heute erkennbar sei. Die in der Beschlussvorlage vorgeschlagene Erweiterung der Öffnungszeiten sei notwendig, da seit Beginn 2008 bzw. seit Mitte 2007 ein sprunghafter Anstieg der Nutzung des Drogenkonsumraumes und der Gesamteinrichtung erkennbar seien. Im Juni 2003 seien im Drogenkonsumraum 15 bis 16 Konsumvorgänge von ca. 2 – 3 Personen getätigt worden. Von Januar bis Mai 2008 wurden 1351 Konsumvorgänge von ca. 60 – 70 verschiedenen Personen täglich registriert (**Anlage 5**). Zur Nutzung der Gesamteinrichtung erläutert er, dass seit April 2007 einhundert neue unbekannte Personen den Bereich der Drogenhilfeeinrichtung Borsigstraße aufgesucht hätten. Nach seiner Auffassung sei der mit der Satzung beschlossene repressive Teil des Handlungskonzeptes für den Bereich Stadthalle notwendig. Die erfolgreiche Arbeit in der Vergangenheit sei auf den erzielten Konsens der Parteien und der Stadt Bielefeld zurückzuführen.

Auf Nachfragen von Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Schneider und Frau Osthus führt Herr Wiese aus, dass eine genaue Datenlage nur bei den Personen vorliege, die am Methadonprogramm teilnehmen. Eine detaillierte Registrierung der Personen, die die Drogenhilfeeinrichtung aufsuchen, würde diesen Personenkreis eher abschrecken. Fest stehe, dass mehr Menschen die Drogenhilfeeinrichtung besuchen. Informationen über ihren bisherigen Verbleib seien nicht ermittelbar. Problematisch sei auch das Alter einiger Junkies. Teilweise seien die Besucher bereits 60 Jahre alt. Nach Mitteilung der Steuerungsgruppe Ordnungspartnerschaft gebe es derzeit keine Hinweise auf polizeiliche Auffälligkeiten im Umfeld der Borsigstraße. Zur allgemeinen Kriminalitätsentwicklung lägen ihm keine Informationen vor. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die erfolgreiche Arbeit und die Berichterstattung und bittet darum, auch im nächsten Jahr über die Entwicklung in der Drogenhilfeeinrichtung informiert zu werden.

Im Anschluss an diese Berichterstattung fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt der Erweiterung der Öffnungszeiten der Drogenhilfeeinrichtung Borsigstraße und den damit verbundenen Personalkosten zu.

- einstimmig beschlossen -

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 10 - Drucksache 2009/5369 *

-.-.-

Zu Punkt 11 **Kurzbericht Säuglingssterblichkeitsrate**

Frau Dr. Delius informiert über den Inhalt der Vorlage. Nachfragen von Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Schneider und Frau Böker-

Scharnhölz werden von ihr beantwortet.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 11 -
Drucksache 2009/5345 *

Zu Punkt 12 Umsetzung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes. Modellprojekt zur Erprobung dezentraler Beratungs- und Vernetzungsstrukturen in den Stadtbezirken

Beigeordneter Herr Kähler informiert darüber, dass alle in der Beschlussvorlage vorgesehenen Gremien, die Beschlussvorlage ohne Änderungen einstimmig beschlossen haben. Es gibt keine Nachfragen.

Beschluss:

1. Das Konzept für die modellhafte Erprobung dezentraler Beratungs- und Vernetzungsstrukturen in den Stadtbezirken - „Pflegestützpunkte“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept zeitnah umzusetzen und die zuständigen politischen Gremien Anfang 2009 über den Sachstand zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 12 -
Drucksache 2009/5254 *

Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - öffentlich - TOP 13 - *

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nichtöffentliche Sitzung:

Zu Punkt 14 Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.04.2008

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.04.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - nichtöffentlich - TOP 14 - *

-.-.-

Zu Punkt 15 Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.05.2008

- abgesetzt -

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - nichtöffentlich - TOP 15 - *

-.-.-

Zu Punkt 16 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - nichtöffentlich - TOP 16 - *

-.-.-

Zu Punkt 17 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - nichtöffentlich - TOP 17 - *

-.-.-

Zu Punkt 18 Subventionierte Mieten

Beigeordneter Herr Kähler informiert über den Inhalt der Vorlage.

Nach Redebeiträgen von Herrn Weber (CDU), Frau Schneider, Frau Niemeyer und Frau Osthus wird deutlich, dass in den anderen Beratungsgremien kontrovers diskutiert und Mängel aufgezeigt worden seien. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage schlägt die Rückstellung der Informationsvorlage vor, bis eine ausreichende Klärung dieser Sachverhalte erfolgt sei. Beigeordneter Herr

Kähler sagt zu, ein Gespräch mit dem zuständigen Dezernenten zu führen. In einer der nächsten Sitzungen des SGA solle eine neue abgestimmte Version der Informationsvorlage eingereicht werden.

Die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses stimmen dem Vorschlag zu.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - nichtöffentlich - TOP 18 - Drucksache 2009/5351 *

-.-.-

Zu Punkt 19 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 10.06.2008 - nichtöffentlich - TOP 19 - *

-.-.-

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage beendet die Sitzung um 20.05 Uhr.

Bielefeld, 10.06.2008

Rathsmann-Kronshage
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)